

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 9

Artikel: Keine Rechtslage : Perestrojka und Presse in der Sowjetunion (2)
Autor: Revesz, Laszlo / Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094010>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keine Rechtslage

Wir haben in der letzten Nummer gesehen, dass die sowjetische Perestrojka (Umbau, Umgestaltung) dort die kleinsten Fortschritte macht, wo man sie am grössten erwartet hatte, in handfesten materiellen und wirtschaftlichen Belangen. Hingegen hat sie sich mit erstaunlicher Deutlichkeit auf die ausserwirtschaftlichen Dinge ausgewirkt und das politische Klima verändert. Gradmesser hierfür ist die Presse, welche die neue Tugend der Glasnost (Offenheit) entdeckt hat und eine laufend grösser werdende Zahl von Themen kontrovers bis zur Systemwidrigkeit behandelt. Kann das so weitergehen?

Wenn die Presse in der Sowjetunion anders geworden ist als zuvor, liegt das in keiner Weise an einem offiziell veränderten Parteauftrag. Soweit es auf die Definition ihrer Rolle im neuen Parteiprogramm ankommt, das im März 1986 unter Gorbatschow verabschiedet worden ist, brauchte die Presse wirklich nichts anderes zu sein als bis dahin. Im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit heisst es in jenem, im geltenden Parteiprogramm, in hergebrachter Manier:

«Die KPdSU sieht ihre Aufgabe darin, den Völkern die Wahrheit über den realen Sozialismus, über die Innen- und die Aussenpolitik der Sowjetunion zu vermitteln, aktiv die sowjetische Lebensweise zu propagieren, offensiv und begründet den volksfeindlichen und unmenschlichen Charakter des Imperialismus und sein Ausbeutewesen aufzuzeigen.»

Das ist der nicht im geringsten umgestaltete politische Kriegauftrag gemäss der stursten Freund-Feind-Schablone, die man sich nur denken kann, und weiter gar nichts. Und wenn die Sowjetpresse, was flagrant ist, sich alternative Tendenzen zugelegt hat und zum Beispiel immer mehr Aspekte sowjetischer Lebensweise denunziert statt propagiert, dann deshalb, weil sie sich eben *nicht* an das Parteiprogramm hält. Es sei denn mittels einer so konträren Interpretation, dass die Sache inhaltlich wiederum auf den Bruch mit dem bisherigen Auftrag hinausläuft.

Indessen befindet sich die Presse, soweit sie in ihren zentralen Teilen die Perestrojka demonstriert, mit ihrem neuen Ton durchaus auf der Linie etwa des ZK-Januar-Plenums 1987 und verschiedener Äusserungen von Parteichef Gorbatschow. Es ergibt sich, dass es höchste

Parteiinstanzen und Parteivertreter selbst sind, welche spätestens acht Monate nach dem KPdSU-Kongress von dessen Linie abgewichen sind (die Glasnost hat sich der Medien sozusagen in einem schleichenden Prozess bemächtigt, und das Januar-Plenum war ein Markstein bloss für die Billigungspolitik der höchsten Instanzen).

So augenfällig die Glasnost in Erscheinung tritt, bleibt sie doch ein flüchtiges Phänomen. Die Frage nach ihrer Abstützung stellt sich laufend schon jetzt, und was passieren würde, wenn der oder ein (anderer) Generalsekretär die Sache anders auffassen würde, ist vorläufig nur zu erraten: Die Glasnost würde rascher verschwinden als sie aufgetaucht ist, vermutlich. Eigene Rechte hat die Presse in der Sowjetunion nicht. Ihre einzige Legitimation bezieht sie aus ihrem Auftrag als Dienerin der Partei und der sozialistischen Ordnung, und das ist (mit der halben Ausnahme der Kirchen) die Grundlage für jegliche offiziell anerkannte Institution in der UdSSR.

Pressegesetz

Und sogar in *diesem* Sinne hat die Presse weniger eigenen Status als andere Vermittler sowjetischer Macht. Es gibt keine gesetzliche Regelung, die spezifisch sagt, was die Presse darf oder nicht.

Ein sowjetisches *Pressegesetz* gehört zu den ältesten nicht eingehaltenen Versprechungen der Sowjetmacht. Lenin hatte ein solches Gesetz schon wenige Tage nach der Oktoberrevolution (die in Wirklichkeit aus einem Putsch bestand) von 1917 unmittelbar in Aussicht gestellt, und dabei ist es seit 70 Jahren geblieben. Die Grundlage des sowjetischen Presserechts (so-

fern man den Ausdruck gebrauchen will) bilden eine Anzahl von Parteibeschlüssen und Parteidirektiven, die grossenteils nicht einmal veröffentlicht wurden. Indessen soll das nun anders werden.

Der 27. Parteikongress vom März 1986 beschloss die Verabschiedung eines Pressegesetzes, und das plötzliche Bedürfnis danach muss eine Bedeutung haben, nachdem 70 Jahre lang niemand am Fehlen einer gesetzlichen Regelung Anstoss genommen hatte.

An sich mag es belanglos scheinen, ob der Parteauftrag an die Presse auch mittels eines separat zugeschnittenen Gesetzes ausgedrückt wird oder nicht. Tatsächlich haben in Osteuropa sowohl Polen und Ungarn als auch Rumänien und die CSSR ihre ähnlichen Pressegesetze, und das ist nicht der Faktor, der die Unterschiede ausmacht. Die tschechoslowakische Presse war zur Zeit Breschnews ähnlich wie die sowjetische Presse und anders als die polnische Presse und so weiter. Was der Presse an Freiheiten zugestanden war, hing immer von den jeweiligen Regimes ab und nicht von den jeweiligen Gesetzen. Diese gewähren alle Freiheiten ohnehin nur «im Interesse des Sozialismus», und diesen Freipass für beliebige Einschränkung der Veröffentlichungsmöglichkeiten kann man auch ohne Gesetzestexte haben.

Wenn man nun in der Sowjetunion unter Breschnew aus irgendwelchen Vollständigkeitsgründen ein Pressegesetz beschlossen hätte, würde sich das zweifellos im Rahmen relativer Unerheblichkeiten abgespielt haben. Aber im heutigen Kontext sieht die Sache anders aus: Als man die Presse umgestalten wollte, beschloss man ein Pressegesetz zu verabschieden. Also wünschte man, so dürfen wir annehmen, der veränderten Sachlage eine strukturelle Grundlage zu geben. Gleichzeitig ist das ein Fingerzeig dafür, dass mindestens die Befürworter der Glasnost die Öffnung der Presse nicht bloss tagespolitisch meinten.

Aus diesem Grunde wären vom angekündigten Pressegesetz durchaus Aufschlüsse darüber zu erwarten, wie es mit den Möglichkeiten und Grenzen der neuen Medienentwicklung bestellt ist. Und gerade deshalb ist es bemerkenswert, dass die Öffentlichkeit bisher von diesem Öffentlichkeitswerk par excellence noch nichts erfahren hat. Mit einer blossen Alibiübung hätte man rasch genug herausrücken können, aber offenbar ist die Thematik so heikel, dass ein zähes Ringen hinter den Kulissen stattfindet.

Der Parteikongress hatte ausdrücklich eine beschleunigte Erarbeitung des Entwurfs vorgesehen, aber dann wurde es still um das Projekt. Auf dem Journalistenkongress vom März dieses Jahres (siehe letzte ZeitBild-Nummer) wurde nur dürftig mitgeteilt, dass ein Entwurf vorliege und von den einzelnen Sektionen des Verbandes eben jetzt erörtert werde.

Das widerspricht der üblichen Fassadenarbeit ganz auffällig. In der Sowjetunion werden Gesetze (nach den verbindlichen Vorschlägen der Partei) nominell vom Obersten Sowjet verabschiedet. Im Falle «besonders wichtiger» Texte aber besteht die Gepflogenheit (die auch im Hausreglement des Obersten Sowjets vermerkt ist), zuvor der Öffentlichkeit einen Entwurf zur Diskussion vorzulegen. Diese unter dem grässlichen Ausdruck der «allvölkischen Diskussion» bekannte Pseudodebatte findet dann einerseits in der Form von Versammlungen statt, bei denen sich niemand freche Fragen zu stellen traut, und andererseits in der Form von Leserbriefen, die meist so aussehen, als ob sie bestellt worden wären. Danach wird der Text dann vom Obersten Sowjet mit ein paar belanglosen Änderungen verabschiedet, welche das Ergebnis der grossen Volksanhörung dokumentieren sollen.

Das Ritual kann gerade deshalb so formgerecht zelebriert werden, weil es faktisch keine Rolle spielt, und da ist es aufschlussreich, dass ausgerechnet der Entwurf der Pressegesetzgebung nicht in der Presse veröffentlicht worden ist, sondern von den Verbandssektionen unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert wird. Tatsächlich sind der Allgemeinheit nicht einmal Hinweise auf den Inhalt zugänglich gemacht worden, nebenbei ein Zeichen dafür, dass die sowjetisch organisierten Journalisten auch unter den Vorzeichen der Glasnost dichtzuhalten vermögen, wenn es ihnen befohlen wird.

Zensur

Ein heikler Punkt des vorgesehenen Gesetzes ist sicherlich die Zensur. Ihre Nichterwähnung würde die ganze Sache unglauwbüdig machen, ihre Erwähnung würde eine Umschreibung ihrer Befugnisse und Grenzen bedingen, die Sichtbarmachung einer Institution, die im verborgenen wirkt.

Es gibt die Hauptverwaltung zum Schutz der Staatsgeheimnisse beim Ministerrat, ferner Spezialdienste für sektorale Kontrolle (Militär, KGB, Wissenschaft und Technik) und nicht zuletzt die faktische Zensurbeamtenrolle der Chefredaktoren. Am Journalistenkongress ist die Frage aufgeworfen worden, wer eigentlich den Chefredaktoren das Recht gegeben habe, die Beiträge der Zeitung ohne Wissen der Verfasser inhaltlich abzuändern («Prawda», 15. 3. 1987), und da es in der Sowjetunion (bis auf die Untergrundpublikationen des Samisdat) keine alternative Presse gibt, ist diese Frage um so mehr von Belang. Auf sie zum Beispiel müsste ein Pressegesetz eingehen, wenn es mehr darstellen soll als kein Pressegesetz.

Inzwischen bleibt es wichtig, dass sich die Presse tatsächlich verändert und so etwas wie eine neue Öffentlichkeit geschaffen hat.

Der Presse ist beim Umgestaltungsprozess eine doppelte Rolle zugeordnet: Sie soll einerseits Träger und andererseits Motor der Perestrojka sein. In seiner Rede auf einer Auftaktveranstaltung zum Journalistenkongress sagte Gorbatschow, eine Hauptaufgabe des Journalisten sei es, die Perestrojka selber richtig zu verstehen und dann die Bevölkerung dafür zu mobilisieren. Das Wesen von Perestrojka und Glasnost werde von den Leuten oft missverstanden und einseitig interpretiert, so dass die Presse eine eigentliche Aufklärungsfunktion wahrnehmen müsse («Iswestija», 15. 2. 1987).

Dem Chef widerreden

Von spezifischem Interesse war eine andere Stelle in Gorbatschows Rede. Er wandte sich, wie schon oft zuvor, mit grosser Entschiedenheit gegen das übertriebene Nationalbewusstsein von (nichtrussischen) Minderheiten und legte dar, dass die Perestrojka solchen Erscheinungen entgegenzutreten habe. Mit dieser unmissverständlichen Stellungnahme ist eine Testfrage für die Glasnost verbunden. Funktioniert sie in der Nationalitätenfrage auch, oder können hierzu nur die Ansichten publiziert werden, die denjenigen des Parteichefs entsprechen? Die Antwort fällt zur Hauptsache positiv aus. Die Zeitungen bringen mehr (laut Gorbatschow falsche) «nationale» Auffassungen als früher. Die ukrainische Presse wendet sich zum Beispiel gegen die Eingleichigkeit der sprachlichen Integration; man müsse nicht nur von den Ukrainern verlangen, dass sie Russisch lernten, sondern auch von den Russen, dass sie Ukrainisch lernten. Auch haben die Zeitungen nach den kasachischen Unruhen trotz informativ ungenügender Behandlung der Ereignisse etliche Zuschriften veröffentlicht, welche im Widerspruch zur Nationalismusbekämpfung der Parteiführung stehen. Ähnlich verhält es sich mit dem Thema der Religion.

Angst der Kleinen

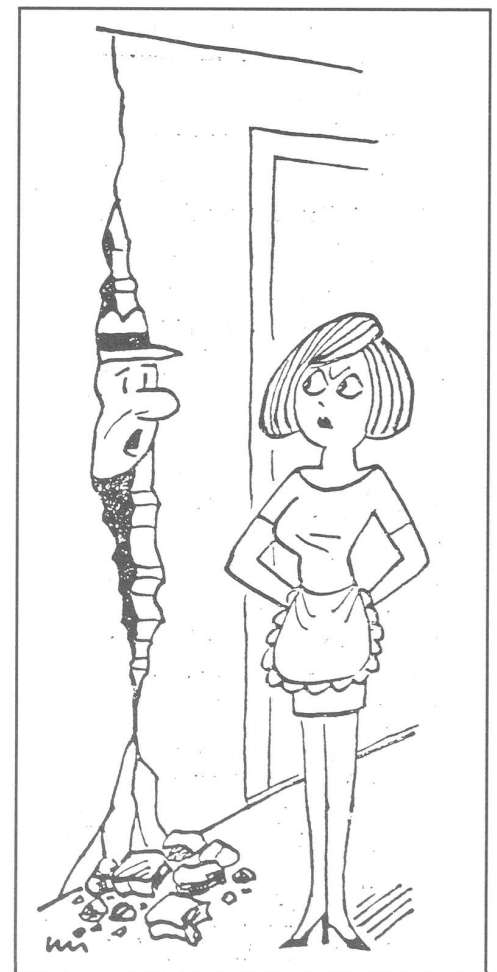
Die Glasnost findet sicherlich mit beträchtlichen Aussparungen statt (z. B. Afghanistankrieg), aber diese sind nicht automatisch dort angesiedelt, wo zu irgendeiner Frage eine mögliche Auffassung mit der Auffassung der Parteiführung kollidieren könnte.

Anfang März hielt man ein Seminar für die Mitarbeiter der zentralen Tageszeitungen und Zeitschriften, des Fernsehens und des Radios ab. Es ging um das Thema, wie diese Medien die sozialistischen Länder über die Entwicklung von Perestrojka und Glasnost informieren sollten. ZK-Sekretär Wadim Medwedjew beanstandete bei dieser Gelegenheit die sowjetische Verlagstätigkeit. Sie habe einen geschlossenen Charakter, sei vom Protektionismus beherrscht und berücksichtige nur die Einflussreichen. («Iswestija», 5. 3. 1987)

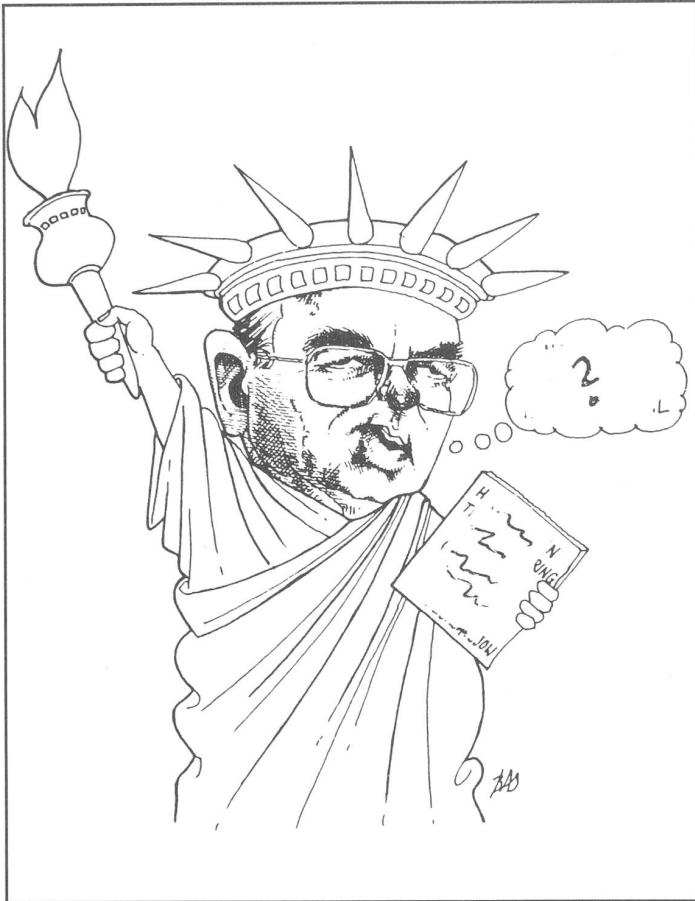
Dass die regionale wie die lokale Presse bezüglich der Perestrojka weit hinter der zentralen

Presse zurückbleibt (siehe letzte Nummer), wird auch von sowjetischen Funktionären häufig betont. Sie führen das vornehmlich auf den provinziellen Konservatismus nicht zuletzt der örtlichen Parteistellen und Behörden zurück, welche es gewohnt sind, die Presse als ihre eigene Werbetruppe zu befehligen. Hinzu kommt, dass Politbüro und ZK-Sekretariat die grossen Parteizeitungen direkt leiten und ihnen «höchste Aufmerksamkeit schenken» («Prawda»-Chefredaktor Afanassjew auf dem Journalistenkongress). Die zentralen Parteiorgane haben damit nicht nur höchste Weisung, sondern auch – was zurzeit fast noch wichtiger ist – höchste Deckung.

Am schwersten tun sich mit der Perestrojka angeblich die (im Westen nicht erhältlichen) Personalzeitungen von Betrieben, Ämtern, Schulen und Militäreinheiten. In der Sowjetunion (290 Millionen Einwohner) gibt es ihrer, einschliesslich aller Wandzeitungen, etwa zwei Millionen (das betrifft die Zahl dieser Publikationen und nicht die Zahl ihrer Gesamtauflage). Ihre Zahl habe sich seit den siebziger Jahren zwar verdoppelt, aber sonst seien sie in dieser Zeit zu verspäteten Mitteilungsblättern der Direktion verkommen. Zum Beispiel erscheinen sie statt zweimal im Monat nur noch viermal im Jahr und so weiter. Der grösste Vor-



Bedarf an Umbau: «Ich bin von der Baukommission. Wozu haben Sie uns hergebeten?» («Express Wieczorny», Warschau, 3. 4. 1987)



Die neue
Freiheitsstatue
Karikatur aus
«sta vast»,
Berkel en Rodenrijs NL

wurf an die Betriebspresse freilich gilt ihrem (fehlenden) Gehalt. Sie sollte die Selbstverwaltung fördern und tut es nicht, sie sollte kämpferisch und kritisch sein, gibt sich aber duckmäuserisch und ängstlich. Wobei es freilich der kritiklustige Arbeiter im Betrieb ist, der die entsprechenden Schikanen riskiert, und nicht der stellvertretend mutige Redner am Journalistenkongress. Und wie sollte sich die Glasnost etwa in einer Kompaniezeitung im Militär ausnehmen?

Grundsätzlich nicht zur Diskussion steht die «Parteilichkeit» (die Parteigebundenheit) der Presse. Sie ist nach wie vor, und laut Gorbatschow jetzt sogar erst recht, das wichtigste Prinzip der Medien, sowohl in ideologisch-politischer als auch in organisatorischer Hinsicht. Daraus ergibt sich laut offizieller Darstellung insofern kein Widerspruch, als man die Perestrojka zum vorrangigen Anliegen der Partei erklärt und aus der Offenheit eine angebliche Parteitugend macht. Von weltanschaulichem Pluralismus oder auch vom Ausdruck Pluralismus überhaupt ist nicht die Rede. Hingegen wird immer häufiger der Gedanke geäußert, dass der mündige Sowjetbürger auch mit der ideologischen Gegendarstellung vertraut sein müsse, um seine eigene ideologische Überzeugung zu festigen, und das ist zumindest etwas, was die bisherige Auffassung der Parteilichkeit nicht zugelassen hat.

Das ist ein weites Feld, aber im Moment ist es tatsächlich die Parteiführung, welche die Preseseite zum Umdenken auffordert. Über die Arbeit der Zeitschrift «Kommunist» zum Beispiel hat das Zentralkomitee der Partei einen speziellen Beschluss gefasst. Im Zentrum der redaktionellen Aufmerksamkeit müsse das stehen, was neu und fortschrittlich sei; Inhalt, Formen und Methoden der Arbeit müssten dem Bedürfnis der Zeit entsprechend gestaltet werden.

Das Bedürfnis der Zeit haben viele Medienverantwortliche unmissverständlich mitgekriegt, weil die Umgestaltung auch personalpolitische Konsequenzen hat. Beim sowjetischen Fernsehen sind innerhalb von eineinhalb Jahren zwei Drittel der Führungskräfte ausgewechselt worden (laut Pressekonferenz der Moskauer Radio- und Fernsehdirektion vom 2. 3. 1987). Ideologische Prediger sind am Fernsehen nicht mehr so gefragt, in der Sowjetunion.

Was aber ist in den sowjetischen Medien heute, im Gegensatz zu früher, alles gefragt? Hier präsentiert sich eine Auswahl von solcher Vielfalt, dass es unmöglich ist, sie als blossen Trug abzutun. Ausser man sage, das neue Licht sei gar nicht hell, es schein nur so. Darüber mehr in einem nächsten Beitrag.

Laszlo Revesz und Christian Brügger

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration —
Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck Zeitbild 30-24616-5, Banken:
Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber
und Verlag**

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland

Jahresabonnement Fr. 48. —
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28. —
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53. —/DM 64. —/
Luftpost sFr. 58. —
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33. —/DM 40. —
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 63. —

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller,
Ian Tickle, Saulo Herrero, Georg Bruderer,
Jürg L. Steinacher, Jacques Baumgartner,
Michael Bader, Ulrich Arnd, Dr. Jerzy Bahr,
Beat Krättli (Peshawar)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 11

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information
über internationale Entwicklungen

Weitere SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse
der internationalen Lage)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse — Informations —
Commentaires (Artikel für die Presse
Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(Artikel für die Presse Lateinamerika)
Nashrat as-Sahafa as-Swisseria
(Artikel für die arabische Presse)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung SOI
Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM;
Tatsachen und Meinungen)